

MOTION von Jörg Mäder (GLP, Opfikon), Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster) und Hans-Peter Brunner (FDP, Horgen)

betreffend Zusammenarbeit der Gemeinden im Gesundheitsbereich verbessern

Der Regierungsrat wird aufgefordert, dem Kantonsrat eine Änderung des Gesetzes über das Meldewesen und die Einwohnerregister (MERG) zu unterbreiten, die es erlaubt, dass Gemeinden anderen Gemeinden den Zugriff auf ihre Daten in der kantonalen Einwohnerplattform (KEP) erlauben können, sofern dies im Rahmen einer Zusammenarbeit mit einer anderen Gemeinde erfolgt und vertraglich oder mittels einer Leistungsvereinbarung geregelt ist. Dabei sollen nur die Daten und Zugriffsrechte freigegeben werden, die zur Erfüllung der Aufgaben notwendig sind.

Jörg Mäder
Karin Fehr Thoma
Hans-Peter Brunner

Begründung:

Im Sinne einer effizienten und schlanken Verwaltung ist es sinnvoll, dass Gemeinden sich gegenseitig helfen und Dienstleistungen anbieten, sodass nicht jede Gemeinde Ressourcen und Knowhow aufbauen müssen.

In diesem Sinne bietet die Stadt Zürich den anderen Gemeinden an, deren Spitex-Abrechnungen zu kontrollieren. Dies funktioniert seit Jahre zur grossen Zufriedenheit. Dieser Prozess könnte aber noch effizienter ablaufen, wenn die Stadt Zürich direkt im KEP prüfen könnte, ob eine Person in der entsprechenden Gemeinde gemeldet ist. Dies ist aber mit den momentanen gesetzlichen Regelungen nicht möglich, weshalb die auftraggebende Gemeinde diese Prüfung übernehmen muss.

Damit diese Komplikation nicht länger nötig ist, sollen die Gesetze so angepasst werden, dass vertraglich geregelt werden kann, dass eine Gemeinde einer anderen gezielter Zugriff auf die für die Wahrnehmung der entsprechenden Aufgabe notwendigen Daten im KEP ermöglichen kann.